

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

334

Wien, am 26. November 1935.

Wirtschaftsfördernde Massnahmen der Stadt Wien.

Heute abends sprach Vizebürgermeister Dr. Kresse im Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenverein über "Wirtschaftsfördernde Massnahmen der Stadt Wien". Der Vortragende führte aus:

Als im Februar 1934 der heutige Bürgermeister Richard Schmitz als Bundeskommissär seinen Einzug in das Rathaus hielt, hielt er es für seine erste Aufgabe, an Stelle von parteipolitisch beeinflussten Massnahmen wirtschaftspolitische Massnahmen zu setzen. Die Weltkrise wirkte sich naturgemäss in unserem kleinen Oesterreich mit doppelter Schärfe aus. Die von der früheren Stadtverwaltung getroffenen Aenderungen waren zweifelhaft nicht geeignet, hier irgendwelche Besserung zu schaffen, ein Umstand, der schon daraus erhellt, dass es ihr nicht gelungen ist, die Ziffer der Arbeitslosen wesentlich zu senken.

Wie in jedem öffentlichen Haushalt war es das erste Bestreben der neuen Stadtverwaltung, das Budget in Ordnung zu bringen und Wege zu finden, um die Beschäftigung- und Arbeitslosigkeit energisch bekämpfen zu können. Die Ausgaben für die eigentliche öffentliche Verwaltung wurden mit aller Energie gedrosselt, hingegen wurde getrachtet, für jene Zwecke, die eine Einschränkung nicht mehr vertrugen, Schulwesen, offene Fürsorge und anderes, aus den laufenden Einnahmen das Möglichste herauszuholen. Auf Seite der Einnahmen erwies es sich als nötig, den immer wieder auftauchenden berechtigten Kritiken Gehör zu schenken und Steuererleichterungen einzutreten zu lassen.

Von dem laufenden Budget des Jahres 1935 ohne Investitionsprogramm entfällt ein Betrag von fast 50 Millionen Schilling unmittelbar auf Zahlungen für Lieferungen und Leistungen der Industrie, des Handels und des Gewerbes. Wenn man daher von den Ausgaben für den einseitig orientierten Grosswohnhausbau absieht, muss man feststellen, dass auch die neue Stadtverwaltung in ihrem ersten Budget, trotz würgender Krise, für unmittelbare Sachaufwendungen einen namhaften Betrag auswirft. Es sei hier besonders darauf hingewiesen, dass die Abgaben, welche die Stadt selbst einhebt, in dem gleichen Zeitraum eine Senkung von 196 Millionen S auf 99 Millionen, also um 97 Millionen S erfahren haben, d. s. um 4 Millionen S mehr, als die erwähnten Sachausgaben für den Wohnhausbau im Jahre 1930 ausgemacht haben. Der Wegfall des Wohnhausbaues hat sich demnach in der Entlastung der Wirtschaft voll ausgewirkt.

Aber es galt nicht allein die Wirtschaft zu entlasten, sondern ihr darüber hinaus auch Antrieb zu geben, damit die Depression überwunden werde. Was auf diesem Gebiete der Bund mit seiner Arbeitsschlacht beabsichtigt, erstrebt im Bereiche der Kommunalverwaltung das ausserordentliche Investitionsprogramm.

Wenige Wochen nach Uebernahme seines Amtes ordnete der Bundeskommissär von Wien die Vorarbeiten zur Aufstellung eines Sofortprogrammes dringender Finanzreformen und Investitionen an. Bereits am 6. Juni 1934 konnte der Wiener Bürgerschaft das fertige Programm vorgelegt werden. Dieses sah einen Betrag von 60 Millionen S vor, wobei man mit einer Beihilfe des Bundes aus den Mitteln der Trefferanleihe im Betrage von 10 Millionen S rechnete. Diese Beihilfe schränkte der Bund in den weiteren Verhandlungen und allgemeinen finanziellen Auseinandersetzungen wesentlich ein.

Auch das Programm selbst erwies sich als erweiterungsbedürftig, da sich eine Ueberfülle von Aufgaben herandrangte. Das Programm hatte - abgesehen von seinem Hauptzweck einer Ankurbelung der Wirtschaft - unter

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am _____

anderem eine jahrzehntelange Vernachlässigung gutzumachen; waren doch selbst die dringendsten Reparaturen an den Amtshäusern, Schulen und Spitalern, an Strassen und Brücken zugunsten des einseitig favorisierten Grosswohnhausbaues immer zurückgestellt worden. Das Programm erfuhr noch im Jahre 1935 eine Erweiterung und wurde in seiner neuen Form von der Wiener Bürgerschaft am 12. April 1935 genehmigt. Es sieht nunmehr, auf einen Zeitraum von 2 bis 3 Jahren verteilt, einen Gesamtaufwand von 91 Millionen S vor. Die erforderlichen Mittel sollen im Gegensatz zu den Wohnbauprogrammen nicht im Wege der laufenden Besteuerung aufgebracht werden, was zur Folge hätte, dass der Wirtschaft mit der einen Hand wieder genommen würde, was ihr die andere Hand gegeben hat, sondern durch eigene finanzielle Transaktionen. Vor allem ist an die Aufnahme langfristiger Hypotheken auf Wiener Wohnhausanlagen gedacht. Die Deckung für diese Hypothekarkredite lag nahe: Die frühere parteipolitisch eingestellte Gemeinderatsmajorität hat für die sicherlich modern und hygienisch ausgeführten Wohnungen in ihren neuen Anlagen Zinse verlangt, die zum Grossteil beträchtlich unter jenem Niveau liegen, in dem sich die Zinse für die gleichen Wohnungen in viel älterer Ausführung, in den unter Mieterschutz stehenden Althäusern bewegen. Diese einseitige Bevorzugung einer bestimmten Schichte der Wiener Bevölkerung war für die neue Stadtverwaltung untragbar. Sie hat daher Massnahmen getroffen, dass diese Zinse einer vernünftigen Regelung unterzogen werden. Hiezu muss aber bemerkt werden, dass auch die erhöhten Zinse noch immer unter jenen Zinsbeträgen liegen, die derzeit für die unter Mieterschutz stehenden Wohnungen, in den im Privatbesitz befindlichen Häusern verlangt werden. Eine Regelung wurde nur soweit vorgenommen, als es notwendig war, um die früher erwähnte Ungleichheit zu beseitigen. Hiemit wurde aber auch noch ein anderer sehr wichtiger Zweck erreicht. Das in den Wiener Wohnhausbauten investierte und damit immobilisierte Kapital von fast 1 Milliarde Schilling konnte wenigstens zum Teile wieder flüssig gemacht und der Wirtschaft neuerlich zur Verfügung gestellt werden.

Ein restlicher Teil der Kosten des Investitionsprogrammes - ca 30 Millionen S - wird nicht durch Hypothekarkredite, sondern durch kurzfristige Schatzscheine gedeckt, eine Operation, die angesichts der unleugbar günstigen Entwicklung der wirtschaftlichen Situation nichts Bedenkliches an sich hat.

Das Programm selbst umfasst in seiner derzeitigen Form 20 Punkte, die sich in drei Gruppen gliedern: die grösste Gruppe umfasst die Aktionen zur Aufholung rückständiger Verhältnisse und die Vorsorge für die Ausgestaltung der kommunalen Anlagen. Hiezu gehören der Neubau der Rotunden und der Schlachthausbrücke, Aufgaben, über deren Dringlichkeit den Kennern der Verhältnisse nichts gesagt werden braucht, durchgreifende Instandsetzungsarbeiten an den übrigen Brücken, die längst fällig gewordenen Reparaturen an Amtsgebäuden, Versorgungshäusern, Spitalern, Schulen und Kirchen, die Auswechslung der Heizanlagen in den Schulen sowie der alten Ziegelrohrkanäle, die Verbesserung der Kehrichtabfuhr und der öffentlichen Strassenbeleuchtung, die Vorsorge für eine zweckdienliche Unterbringung der städtischen Aemter, die Nachschaffung von Maschinen und Geräten, die Auffüllung der verschiedenen Fahrparks, vor allem auch die Erhöhung der Schlagfertigkeit unserer Feuerwehr, u. v. a. Eine besondere Erwähnung in dieser Gruppe verdient die vorgesehene Errichtung eines Wasserbehälters im Lainzer Tiergarten, wodurch in grosszügiger Form die Kontinuität des Wasserbezuges gesichert werden soll. Im Rahmen des Investitionsprogrammes sind bei dieser Gruppe auch Wohnhausbauten vorgesehen, die jedoch ganz anderen Zwecken dienen sollen als

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am _____

die Wohnsuanlagen der früheren Gemeindevertretung. Es ist eine bekannte Tatsache, dass die Not von heute ^{so} manche ^{Wiener} Familie zwingt, die gemeinsame Lebensführung aufzugeben, die Kinder fallen der öffentlichen Fürsorge zur Last, Mann und Frau selbst sind genötigt, in billigen Massenquartieren Unterschlupf zu suchen. Die Lohnhausbauten des Investitionsprogrammes haben nun nach dem Plane unseres Herrn Bürgermeisters den Sinn, billige, dabei gesunde Wohnungen in einfacher Ausführung zu schaffen, die der Familie die Wiederaufnahme eines geordneten gemeinsamen Lebens gestatten, ein Vorhaben, das vom Standpunkte einer nach staaterhaltenden Gesichtspunkten orientierten Bevölkerungspolitik bedeutsam ist. Der Ausbau des Obdachlosenheimes, die Schaffung einer Unterkunftsstätte für Frauen und Kinder im 12. Bezirk sind in diesem Zusammenhange zu erwähnen. Durch die neuen Methoden wird es hoffentlich gelingen, auch dem vielfach beklagten Bettlerunwesen zu steuern, das nicht nur eine Plage für die Bevölkerung der Stadt darstellt, sondern auch besonders von Fremden lästig empfunden wird. Die Stadtverwaltung widmet dieser Frage ihre grösste Aufmerksamkeit.

Diese erste Gruppe erfordert insgesamt rund 40 Millionen S, wovon auf die Errichtung der Familienasyle allein 5 1/4 Millionen entfallen. Schon die blosse summarische Aufzählung der Posten dieser Gruppe lässt einen besonderen Leitgedanken hervortreten: es soll nicht ein einzelnes Gewerbe mit Aufträgen bedacht werden, sondern in bunter Mannigfaltigkeit möglichst viele Branchen, die Maschinenindustrie ebenso wie der Tiefbau, das Installationsgewerbe ebenso wie das Maurergewerbe u. v. a. Beschäftigung finden.

Eine zweite Gruppe umfasst die Höhenstrasse von Salmansdorf über den Cobenzl auf den Kahlenberg und Leopoldsberg, die Wientalstrasse als moderne Autostrasse und eine neuzeitliche Ausgestaltung wichtiger Strassenzüge.

Diese drei Projekte schon insgesamt einen Aufwand von 35 1/9 Millionen S vor. Sie dienen nach einem einheitlichen Plan dem Zweck, die Stadt zu verschönern und damit für den Fremdenverkehr, diese bedeutende Post unserer Zahlungsbilanz, zu werben.

Die Aufwendungen dieser Gruppe kommen zunächst dem Strassenbau mit seiner hohen Lohntangente zugute; die vollendeten Arbeiten werden sich mittelbar zugunsten der vielen am Fremdenverkehr interessierten Gewerbe auswirken.

Die dritte Gruppe schliesslich umfasst zwei ganz neuartige Aktionen: den Assanierungsfonds und den Hausreparaturfonds. Für die Dotierung dieser beiden Fonds aus Stadtmitteln sieht das Sofortprogramm den Betrag von 11,250.000 Schilling und 4,100.000 Schilling, zusammen also 15,350.000 Schilling vor. Aufgabe und Wirksamkeit der genannten Fonds sind in der Öffentlichkeit wiederholt erörtert worden. Ihre Bedeutung liegt darin, dass mit der aus Stadtmitteln gegebenen Zuwendung von 15,350.000 Schilling die Wirksamkeit der Aktion nicht erschöpft ist. Der Assanierungsfonds nämlich deckt im Wege von niedrig verzinslichen Darlehen grundsätzlich nur 40 Prozent der jeweiligen Projektkosten; durch die Dotation von 11,250.000 Schilling werden sonach Gesamtaufwendungen von rund 25 Millionen S ausgelöst. Neben der unmittelbaren finanziellen Auswirkung dieses Fonds ist zu verzeichnen, dass durch die Assanierungsbauten das Stadtbild verschönert und Hemmnisse des Verkehrs beseitigt werden. Besonders bedeutungsvoll ist es auch, dass durch die Mithilfe des Fonds die Eigenheimbaubewegung in Wien auf das wirkungsvollste gefördert wurde. Für 41 Familienwohnhäuser konnten Fondshilfen gewährt werden. Der Hausreparaturfonds wieder, für den die Stadt in den Jahren 1934 und 1935 einen Betrag von 4 1/1 Millionen S widmete und zu dem überdies der Bund im Jahre 1934 eine Dotation von 1,500.000 S und im

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am _____

heuerigen Jahre eine solche von 1,400.000 S beigesteuert hat, stellt nur 20 Prozent der gesamten jeweils erforderlich in Bausumme zur Verfügung, so dass die unterstützten Vorhaben mit 28 Millionen S aus privaten Mitteln arbeiten.

Von den im außerordentlich erweiterten Investitionsprogramm vorgesehenen 91 Millionen S sind bis 31. Dezember 1935 von den beteiligten Firmen rund 10 Millionen S ins Verdienen gebracht worden; für das Jahr 1935 kann mit einer tatsächlichen Ausgabe von rund 45 Millionen S gerechnet werden, da die Arbeiten günstig vorwärts geschritten sind, es stehen also für das Jahr 1936 aus dem Titel des Sofortprogramms noch mehr als 36 Millionen S zur Verfügung.

Wenn die Zählung von Mitte August 1935 den Stand der unterstützten Arbeitslosen in Wien mit 102.400 Personen angibt, und damit gegenüber dem Stand vom August 1933 ein Sinken um 24.000 Personen verzeichnet, darf sich die Stadtverwaltung mit Genugtuung vermerken, dass an dieser erfreulichen Tatsache ihr Arbeitsprogramm einen ausschlaggebenden Anteil hat.

Auch der eben in Beratung stehende Voranschlag für das Jahr 1936 trägt der Erkenntnis voll Rechnung, dass in Zeiten wirtschaftlicher Bedrängnis die öffentliche Hand zur Belebung des Wirtschaftslebens beizutragen hat. Für Investitionen, die Aufholung rückständiger Verhältnisse in Gebäuden, dringende Herstellungen, Anschaffung der verschiedenen Materialien und andere arbeitsschaffende Ausgaben ist ein Betrag von nicht weniger als rund 39 Millionen vorgesehen.

Hier ist besonders ein Zusatzprogramm für den Strassen- und Brückenbau mit einem Erfordernis von 216 Millionen S zu erwähnen. Zur Verschönerung des Stadtbildes wird die Veranstaltung "Wien im Blumenschmuck" beitragen.

Im Zusammenhange damit sei auch der neuen Siedlungsaktionen gedacht. War früher die Wohnungsfürsorge^{g)} allein von dem Gedanken der Vorsorge für ein Obdach beherrscht, so ist nunmehr das Problem der Siedlung als zusätzliche Erwerbsquelle in den Vordergrund getreten. Es soll nicht bloss ein Obdach geschaffen werden, sondern es soll den Bedürftigen auch die Möglichkeit eines wenn auch nur zusätzlichen Erwerbes aus Grund und Boden geboten werden. Eine Lösung, die in der Zeit der beschränkten Arbeitsmöglichkeit wirtschaftlich von besonderer Bedeutung ist.

Es wurde versucht, den besonders dem Engländer so vertrauten Gedanken, der Besiedlung der Stadtgrenze mit villenähnlichen Einzelhäusern mit zugehörigem Garten in die Tat umzusetzen und der verarmten Bevölkerung auch die Möglichkeit der eigenen Produktion von Obst und Gemüse zur Züchtung von Kleintieren zu geben.

Die Nebenerwerbssiedlung, für die am Rande der Stadt das Gelände bereit gestellt wurde, bezweckt, Arbeitslosen und vornehmlich Ausgesteuerten, das sind Leute, die nicht mehr im Bezug der Arbeitslosenunterstützung stehen, den Aufbau einer neuen Existenz zu ermöglichen. Bereits im Jahre 1933 wurde der Versuch gemacht, auf einem an der Ortsgrenze der Stadt gelagerten Ackergelände die sogenannte I. und II. Stadtrandssiedlung

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

mit zusammen 425 Siedlerstellen aus Mitteln der Stadt zu errichten. Im Zuge einer grosszügig angelegten Randsiedlungsaktion wurde mit Unterstützung von Bundeskrediten im Jahre 1934 die III. Stadtrandsiedlung in Angriff genommen, die 459 Siedlerstellen umfasst. Das Gelände, das die Stadt Wien zur Verfügung gestellt hat, beträgt 690.000 Quadratmeter, auf welcher Fläche schon 884 Siedlerstellen errichtet wurden.

Es ist aber bereits die IV. Stadtrandsiedlung im Bau mit weiteren 523 Siedlerstellen, die in 4 Baugruppen den Siedlern, und zwar diesmal teils Arbeitslosen und Ausgesteuerten, teils Kurzarbeitern die Möglichkeit geben soll, krisenfest zu werden, um auch in Zeiten gänzlicher Einkommenslosigkeit wenigstens das Obdach und den grössten Teil des Lebensmittelbedarfes gesichert zu haben. Jede Siedlerstelle hat ein Ausmass von 1.200 bis 1.500 Quadratmeter. Die der I. und II. Randsiedlung haben sogar ein solches von 2.500 Quadratmeter. Auf jeder Siedlerstelle befindet sich ein aus Zimmer und Küche bestehendes Wohnhaus mit anschliessendem Stall und Wirtschaftsgebäude. Dem Zwecke der Nebenerwerbssiedlung entsprechend bildet das Haus nur eine Nebensache gegenüber der Hauptaufgabe, durch Bearbeitung des Bodens soviel herauszubekommen wirtschaften, dass ein zusätzliches Einkommen erzielt wird, sei es unmittelbar durch Gewinnung von Lebensmitteln zum Eigengebrauch, sei es vielleicht durch den Verkauf von Edel Früchten und dergleichen auf dem Markt, um Geld für die Anschaffung von Werkzeugen, Kleidern und so weiter und auch die Abzahlung der für die Errichtung der Siedlung aufgewendeten öffentlichen Mittel hereinzubringen. Ein abschliessendes Urteil über das Gelingen der Randsiedlungsaktion des Randsiedlungsproblems lässt sich heute wohl noch nicht fällen, es wird sehr viel von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage abhängen, ob der Randsiedler imstande sein wird, Marktschwankungen beim Absatz seiner Produkte zu überstehen.

Man hat deshalb neuerdings sich mehr dem Gedanken der Kurzarbeitersiedlung zugewendet, weil der Kurzarbeiter ein wenn auch geschmälerteres Einkommen hat und daher leichter in der Lage ist, Marktschwankungen zu überstehen, da für ihn die Siedlung vornehmlich ein zusätzliches Einkommen durch Gewinnung von Naturprodukten darstellt.

Die bisher besprochenen Aufwendungen betreffen die Zweige der Hoheitsverwaltung der Stadt. Hierzu kommen auch noch die Ausgaben der städtischen Unternehmungen. Deren Wirtschaftspläne sehen für 1935 laufende Kosten von insgesamt 305 Millionen S vor. Für 1936 ist mit einem Betrage von 306 Millionen S zu rechnen. Davon entfallen auf effektive Betriebsauslagen, wie Löhne, Material, Instandsetzungsarbeiten und dergleichen rund 280 Millionen S, die in irgendeiner Form den anderen Wirtschaften zufließen. Für neue Anlagen einschliesslich der Fertigstellung bereits begonnenen Neuherstellungen haben die städt. Unternehmungen

RATHAUSKORRESPONDENZ

VI. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am _____

für 1935 einen Betrag von mehr als 21 Millionen S ausgeworfen. Für das Jahr 1936 wird ein Betrag von 25 Millionen S veranschlagt. Vorgesehen sind: Ausgestaltung der Werke und Anlagen, Hoch-, Strassen-, Gleis- und Leitungsbauten, Anschaffung von Maschinen und Geräten, Vermehrung des Fahrparkes u. a. m.

Besonders Erwähnung verdient die Tatsache, dass die städt. Gaswerke im Juli d. J. bei den Böhlerwerken in Kapfenberg die Lieferung von 25 Waggons Gasrohre in Auftrag gegeben haben; es ist dies der erste derartige Auftrag, der in Oesterreich vergeben wird. Bisher mussten derlei Rohre aus Frankreich oder aus der Tschechoslowakei bezogen werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Stadt Wien einschliesslich ihrer Unternehmungen im Jahre 1935 und 1936 je einen Betrag zwischen 600 und 700 Millionen S unmittelbar (Bestellungen und dergleichen) oder mittelbar (Gehalte, Geldzuwendungen und dergleichen) der Wirtschaft zuführt; von diesen 600 bis 700 Millionen S werden im Wege der Besteuerung einschliesslich der Abgabenertragsanteile nur 155 Millionen S eingebracht, während der Grossteil, soweit nicht Kredite in Frage kommen, als Entgelt für Leistungen der Stadt bzw. ihrer Unternehmungen verdient wird.

Die wirtschaftsfördernden Massnahmen der Stadt finden ihren Niederschlag nicht allein in den Ziffern des Budgets. Vielfache, wenn auch nicht so ausschlaggebende Verwaltungsmassnahmen zeigen eine Abkehr von Grundsätzen, die insbesondere in Kreisen der Wirtschaft kritisch betrachtet wurden.

So war es das erste Bestreben der neuen Stadtverwaltung, jene Abgaben, die von der Geschäftswelt am drückendsten empfunden wurden, einer Reform zu unterziehen, wiewohl die angespannte Budgetlage durchgreifende Herabsetzungen nicht gestattete. Da ist in erste Linie die Wohnbausteuer zu erwähnen, an deren Stelle die Mietaufwandsteuer trat. Während der Jahresertrag der Wohnbausteuer im Jahre 1933 50 Millionen S überstieg, veranschlagt das gegenwärtige Budget unter dem Titel der Mietaufwandsteuer nur 36 Millionen S; dieser Abfall ist zum Teil in einer Milderung der so viel umkämpften Progression, zum Teil aber auch in den Begünstigungen begründet, die dem Gewerbe und der Industrie für ¹⁹³⁵ Leistungen eingeräumt wurden. Dazu kommen weitere Erleichterungen, die mit 1. April 1935 in Kraft gesetzt wurden und in befristeten Befreiungen hinsichtlich der neugebauten oder umgebauten Geschäftspavimente sowie der neuerrichteten Vitrienen und Schaukästen bestehen. Die neuingeführte fakultative Pauschalierung der Fürsorgeabgabe bedeutet, abgesehen von der leichteren Manipulation, eine Befreiung von der Abgabe hinsichtlich der zusätzlich eingestellten Arbeitskräfte, eine Massnahme, deren eminent wirtschaftsfördernde Auswirkung unbestreitbar ist. Das gleiche Ziel einer Wirtschaftsförderung verfolgt auch die Neuregelung der Bodenwertabgabe von unverbauten Liegenschaften, die für Werk- und Lagerplätze sowie für Grundflächen zur Ausübung eines Betriebes allgemein um 50 Prozent vermindert wurde. Die Praxis der Lustbarkeitsabgabe hat durch die Einführung der Steuerkarte die Belastung der Besucher von abgabepflichtigen Veranstaltungen auf ein erträgliches Mass herabgesetzt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

VII. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am _____

Die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe, die Hauspersonal- und Pferdeabgabe sind überhaupt nicht mehr veranschlagt. Bei der Fremdenzimmerabgabe werden für Investitionen und Instandsetzungen Nachlässe bis zu 50 Prozent gewährt.

Nicht unerwähnt soll schliesslich auch eine Massnahme auf dem Gebiete der Personalpolitik der Stadt bleiben, da auch diese von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse ist: die Aufnahmeperrn wurde aufgehoben und die Aufnahme von Praktikanten und Junglehrern gegen Pensionierung in jenen Fällen angeordnet, die für die Betroffenen noch tragbar sind. Damit treibt die Stadt Wien, soweit dies bei den gegebenen Verhältnissen möglich ist, in ihrem eigenen Hause Arbeitsbeschaffungspolitik. Diese Aktion steht im übrigen auf einer Linie mit einigen andern Vorhaben, wie Stadtrand siedlungsaktion und die Aktion zum Schutz kinderreicher Familien, die gleicher Weise das Ziel verfolgen, nach Massgabe der vorhandenen Möglichkeiten den Grundstock des Staates, die Familie, zu sichern, und damit dem gesamten Wirtschaftsleben eine tragfähige, durch Schwankungen der Konjunktur nicht so leicht zu erschütternde Basis zu schaffen.

In meinen Ausführungen über das von der Wiener Stadtverwaltung geleistete Aufbauwerk möchte ich auch besonders unserer Fremdenverkehrswerbung gedenken. Gestatten Sie mir zunächst, einige Bemerkungen allgemeiner Natur zu machen.

Aus unserem Fremdenverkehr ziehen, wie allgemein bekannt ist, nicht nur die öffentlichen und privaten Transportunternehmen und die grosse Gruppe des Gast- und Schankgewerbes und die Andenkenindustrie, sondern fast alle Erwerbsgruppen der Erzeugungs- und Handelsgewerbe und die meisten Industriezweige wirtschaftlichen Nutzen. Die freien Berufe, wie Aerzte, Künstler, Innenarchitekten und viele andre, weiters die Landwirtschaft profitieren durch den Fremdenverkehr ebenso wie scheinbar ganz fernstehende Berufszweige, wie das Baugewerbe, das durch die alljährlich notwendigen Reparaturen sowie Erweiterungs- und Umbauten eine Belebung erfährt. Mehr oder weniger, direkt oder indirekt, ist die ganze Einwohnerschaft Wiens, ja, wie das Beispiel einzelner Erzeugungsgewerbe und Industriezweige oder der Landwirtschaft zeigt, auch die Einwohnerschaft der Bundesländer am Wiener Fremdenverkehr interessiert. Die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr fliessen durch ein weitverzweigtes Netz in die Adern des gesamten Wirtschaftslebens und helfen mit, die Arbeitslosigkeit zu mildern.

Wien, als Hauptstadt eines seit dem Jahre 1918 durch gewaltsame Zustückelung eingegangenen Wirtschaftsgebietes muss mehr den je alle wirtschaftlichen Möglichkeiten nützen. Die Förderung des Fremdenverkehrs, der uns berechtigte Aussicht auf die Möglichkeit eines weiteren Aufbaus der Wirtschaft gewährt, ist daher für Wien eine der allerdringendsten Angelegenheiten. Eine Fülle hoher kultureller Werte, die Schönheit der altherwürdigen und doch ewig jungen Stadt und ihre einzigartige Umgebung, machen Wien zu einer vorstrahlenden Fremdenverkehrstadt.

Die neue Stadtverwaltung hat, wie ich bereits erwähnte, im Rahmen ihres Investitionsprogrammes bereits viel getan, um unseren Fremdenverkehr neue Impulse zu geben. Die Stadtverwaltung wird in diesen ihren Bestrebungen nicht ruhen und auch die offizielle Werbung der Stadt Wien wird ihre Pflicht erfüllen. Nur eines möchte ich hier hervorheben: Wir dürfen nicht auf uns allein

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien. am _____

angewiesen bleiben! Wir müssen uns auf alle Interessenten des Fremdenverkehrs stützen können, auf alle gewerblichen, kaufmännischen und vor allem auch die industriellen Kreise, auf die Angehörigen der freien Berufe, auf den Takt und die Liebenswürdigkeit unserer privaten und öffentlichen Angestellten, insbesondere jener, die im Parteienverkehr stehen, wie Polizeibeamte, Schaffner, Schalterbeamte, Zollorgane, kurz, die ganze Bevölkerung muss sich der wirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs für Wien bewusst werden und zu seiner Förderung nach Kräften beitragen. Jeder muss sich vor Augen halten, dass er für sich selbst wirbt, wenn er für den Fremdenverkehr Wiens wirbt. Hier muss noch sehr viel Arbeit, insbesondere Aufklärungsarbeit geleistet werden; es ist dies ein Arbeitsgebiet, auf dem alle Wiener und Österreicher zusammen wirken müssen. Ich gestatte mir an dieser Stelle besonders Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, um Ihre rege Mitarbeit zu bitten.

Und nun zu einem kurzen Rückblick über die letzten Jahre unseres Fremdenverkehrs und die Werbetätigkeit:

Der Wiener Fremdenverkehr, der bis zum Jahre 1930 eine ständig steigende Frequenz aufzuweisen hatte, wurde von diesem Jahre an durch die Weltwirtschaftskrise und verschiedene andere damit mehr oder weniger im Zusammenhang stehende Ereignisse, wie strenge Devisenvorschriften, Ausreisesteuern, insbesondere die im Mai 1933 verhängte Tausendmarksperrre und sonstige autarke Bestrebungen arg in Mitleidenschaft gezogen. Von 651.234 Fremden im Jahre 1930 war die Anzahl der Besucher Wiens auf 402.095 im Jahre 1933 und 351.381 im Jahre 1934 gesunken! Der verstärkten Werbung in allen, bei den gegebenen Verhältnissen als Zubringerländer in Betracht kommenden Gebieten gelang es erfreulicher Weise, den Ausfall wettzumachen. Eine Gegenüberstellung der Fremdenfrequenz der letzten Jahre in den 3 Hauptreisemonaten Juli, August und September ergibt folgendes Bild:

	Juli	August	September
1933	35.623	43.202	51.362
1934	29.519	32.048	42.094
1935	36.984	48.154	48.568

Es ist somit zum ersten Male seit dem Jahre 1930 eine Aufwärtsbewegung in unserem Fremdenverkehr zu verzeichnen und zwar nicht nur dem für unseren Fremdenverkehr abnormal schlechten Jahre 1934, sondern auch dem Jahre 1933 gegenüber. Von den einzelnen Ländern, die ein ganz besonderes Interesse für unsere Heimat bekunden, seien Frankreich, Belgien, Italien, Grossbritannien und die Niederlande besonders genannt. Nicht unerwähnt soll bleiben, dass in diesen Sommermonaten zum ersten Male wieder auch eine Zunahme der Besucher aus Deutschland zu verzeichnen war.

Die Werbung für den Wiener Fremdenverkehr hat bekanntlich die Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien, die im Gebäude der Wiener Messe A.G. Wien, VII., Mariahilferstr. 2, untergebracht ist, zu führen. Diese Stelle ist mit den erforderlichen Behelfen ausgerüstet, sie verfügt über reiches Adressen- und Werbematerial. Die Zahl der Stellen (Reisebüros, Hotels, Clubs), an die Werbematerial versendet werden, beträgt mehr als 14.000. Weit über eine Million verschiedenartige Werbeschriften, die sämtlich mehrsprachig, einige sogar in 12 Sprachen erschienen sind, sind in dem letzten Jahre beschafft und verwendet worden.

Die Fremdenverkehrsstelle versendet auch ständig Bilder, Filme mit Vortragstexten und ausserdem, unter Mitwirkung der Pressestelle der Wiener Messe A.G. zahlreiche Nachrichten an ausländische Blätter.

Die Fremdenverkehrsstelle wird auch durch die Bemühungen des Vereines "Wiener Festausschuss" unterstützt, der sich bekanntlich mit

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am

der Veranstaltung der Aktion "Basching in Wien" und den schon seit 10 Jahren bestehenden "Wiener Festwochen" befasst. Den Funktionären des Vereines gebührt für ihre selbstlose, uneigennützig und nicht immer leichte Tätigkeit volle Anerkennung.

In der letzten Zeit muss namentlich auch der Werbung für Reisen von Inländern nach Wien ein besonderes Augenmerk geschenkt werden, da bekanntlich leider ein ständiges Absinken der Besuchsziffern aus den Bundesländern festzustellen war.

Der oberste Grundsatz, den die Fremdenverkehrsstelle bei allen ihren Werbemaßnahmen berücksichtigt, ist der, bei ihrer Tätigkeit rein sachliche Arbeit zu leisten, unbelastet von irgendwelchen Prestigefragen. Damit hofft sie mit Recht, der Allgemeinheit am besten zu dienen.

Hoffentlich ist den Bemühungen auch im kommenden Jahre zum Vorteil des Wirtschaftslebens ein guter Erfolg beschieden.

Einige Worte will ich auch über die Bemühungen der Stadt Wien um die Erweiterung der Absatzmöglichkeit für die gewerbliche Erzeugung sagen.

Unter anderen Massnahmen bediente sich die Stadt Wien zu diesem Zwecke auch der bewährten Einrichtungen des Ausstellungs- und Messewesens.

Eine günstige Gelegenheit hiezu bot sich im Mai, als unter der Leitung des Gewerbeförderungsinstitutes der Wiener Handelskammer in Paris eine österr. Ausstellung zur Durchführung kam, an der sich rund 120 Gewerbetreibende durch Beschickung mit einer erlesenen Auswahl heimischer Erzeugnisse beteiligten. Die Stadt Wien gewährte zur Bestreitung der Transport- und Versicherungskosten der Ausstellungsobjekte Zuschüsse, wodurch manchem Gewerbetreibenden die Teilnahme an dieser grosszügigen Werbeveranstaltung ermöglicht wurde. Der grosse Propagandaerfolg der Ausstellung äusserte sich nicht allein in einem regen Besuch, sondern auch in zahlreichen beifälligen Artikeln und Notizen der französischen Presse. Auch der geschäftliche Erfolg löste bei den beteiligten österr. Firmen allgemeine Befriedigung aus und trat in nennenswerten Abschlüssen mit französischen Interessenten zutage. Manche Aussteller entschlossen sich sogar zur Einrichtung eigener Vertretungen in Frankreich, ein besonders deutlicher Beweis, dass gerade Auslandsausstellungen bei entsprechend sorgsamer Vorbereitung geeignet sind, die heimische Produktion auf fremden Märkten Fuss fassen zu lassen.

Die Stadt Wien war aber auch bestrebt, dem Kleingewerbetreibenden, der nicht über das nötige Investitionskapital für eine grössere Werbeaktion verfügt, die Möglichkeit der Beteiligung an der Wiener Messe zu verschaffen und ihm auf diese Weise neue Arbeits- und Verdienstquellen zu erschliessen. Zu diesem Zwecke stellte sie der Stadtgruppe Wien des Oesterr. Gewerbebundes zur Veranstaltung einer Kollektivausstellung anlässlich der Wiener Herbstmesse 1935 eine bedeutende Subvention zur Verfügung. Mit der Organisation und Durchführung dieser Kollektivausstellung wurde das Gewerbeförderungsinstitut der Wiener Handelskammer betraut. Diese Subvention setzte die Veranstalter in die Lage insgesamt 58 minderbemittelte Angehörige des Korbflechter-, Spengler- und Mechanikergewerbes mit ihren Erzeugnissen auf die Wiener Messe zu bringen und sie an den grossen Werbevorteilen dieser internationalen Wirtschaftsveranstaltung teilnehmen zu lassen.

Ich hoffe Sie durch meine Ausführungen überzeugt zu haben, dass die jetzige Stadtverwaltung ehrlich und unermüdlich bestrebt ist, zur Belebung der Wirtschaft beizutragen. Wenn diese Bemühungen bis jetzt nicht auf allen Gebieten wirksam werden konnten, so ist dies nicht Schuld der Stadtverwaltung, denn in 1 ½ Jahren lassen sich die schweren Schädigungen, die der Industrie, dem Handel und dem Gewerbe durch 15 Jahre zugefügt wurden, nicht zur Gänze beseitigen. Das Wichtigste ist, dass das parteipolitisch beeinflusste durch ein wirtschaftspolitisch gesundes System ersetzt wurde, an dem die Stadtverwaltung unverrückbar festhalten wird (Lebhafter Beifall).

.....